

POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 94. | XI. BAND | 5. Mai 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter“

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Nr. 94 5. Mai 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Mundus vult decipi . . . .

Haß und leidenschaftliche Verblendung haben nie etwas Dauerndes geschaffen. Diese uralte Wahrheit trifft auch auf die „Politik“ mancher Gegner des Polentums zu.

Vor dem Kriege war Polen für den Durchschnittsdeutschen eine terra ignota. Aber nicht nur Polen; der ganze Komplex der sogenannten Ostvölker war den deutschen Zeitungslesern fremd. Wie für den alten Römer an der Südgrenze seiner Besitztümer eine Welt begann „ubi sunt leones“, mehr wußte er von ihr nicht, so glaubte der Durchschnittsdeutsche, daß an der preußisch-russischen Grenze ein Land beginnt, wo die Bären wohnen; unter diesen Bären sollten sich auch Polen, Russen, Ukrainer, Litauer und andere wilde Nationen befinden, von denen man nur das wußte, daß an ihnen gelegentlich viel Geld zu verdienen wäre und daß dort Ansätze zu einer dumpfen, undifferenzierten Macht vorhanden sind. Näheres über Land und Leute, über Besonderheiten und Bestrebungen war auch dem intelligenten Publikum selten bekannt. Unter diesen Umständen haben einige Dilettanten, die Gelegenheit hatten, nach diesen Ländern einen Ferienausflug zu unternehmen und hie und da aus der lokalen Literatur etwas aufzuschnappen, es leicht gehabt, sich als „fachmännische Kenner“ dieser Länder aufzuspielen. So blühte die Autorität der Herren Hoetsch, Cleinow et tutti quanti auf. Wenn man die vor dem Kriege geschriebenen dicken Bücher dieser Herren jetzt liest, so wird man unter anderem auch die Geheimnisse mancher traurigen Ueberraschung der deutschen Politik und der deutschen Kriegslage während der ersten Kriegswochen begreifen; so gut haben diese „Kenner“ das deutsche Volk über die Zustände bei den Ostvölkern informiert, daß alles, was in den ersten Kriegswochen geschah, die deutsche Oeffentlichkeit

vor die größten Ueberraschungen gestellt hat. Ueber Litauen und die Ukraina wußte man in Deutschland noch weniger als über Polen und Rußland, was kein Wunder war, da ein politisches Litauen und eine politische Ukraina in der Wirklichkeit noch nicht vorhanden waren und erst ad hoc konstruiert werden mußten.

Und so begann Deutschland mit ungeheuren Opfern seine Unkenntnis Rußlands zu bezahlen, gleichzeitig begann das frischfröhliche Konstruieren eines politischen Litauens, einer politischen Ukraina usw. Es muß hier streng zwischen der ernsten Arbeit der Regierung und den Freibeutern der öffentlichen Meinung unterschieden werden. Die erste verfolgte ihre Zwecke nach uns nicht bekannten Prinzipien unter größtem Verantwortungsgefühl, letztere aber verloren sich in weitschweifendsten Phantasien. Ein Pol nur ist beständig in dem Ueberschwang dieser Phantasien; das ist der Haß gegenüber Polen. Daraus ergab sich eine entsprechende Taktik. Was mußte sich der arme deutsche Leser gefallen lassen! Aus Polen und über Polen hörte er nur Räubergeschichten, Litauen und die Ukraina wurden idealisiert. Polen war Deutschland gegenüber nur eine Löwengrube, Litauen und die Ukraina sprachen mit Engelszungen. Der politische Sinn dieser Politik war klar: Polen mußte im Westen von Preußen, im Osten von Litauen und der Ukraina eingekapselt, an die Wand gedrückt, im Zaum gehalten werden. Das kleine Litauen und die riesengroße Ukraina sollten Bollwerke gegen Polen werden. Mit Rußland sah man sich schon in engster Freundschaft, um so mehr als in Brest-Litowsk mit bekannter Aufrichtigkeit die Friedenspfeife geraucht wurde; nur Polen war der Feind, und gegen diesen Feind wußte man nichts Besseres, als den litauischen Staat, den ukrainischen Staat usw. zu mobilisieren. In idyllischer Beleuchtung führte man die guten Litauer ein, mit einer breiten Geste öffnete man die Kornkammer der Ukraina, aus der sich, wie aus einem Füllhorn, alles Gute und Segensreiche herausschütten sollte.....

. Mundus vult decipi.

„Der Traum, daß die Ukraina als selbständiger Staat ein „Bollwerk“ sein werde, war schön aber kurz“ — hat jetzt ein Blatt aufgeseufzt, in dessen Spalten seinerzeit der famose Doktor Eugen Lewickij Wunder über Wunder erzählte über das nationalbewußte Ukrainerland, mit seinen riesengroßen, nationalbewußten Städten, wie z. B. Kijew und Odessa, wo jetzt deutsche Berichterstatter herumwandern, um durchaus einige nicht russisch sprechende Leute herauszufinden. Wirtschaftlich haben die Mittelmächte bis jetzt in der Ukraina ein Fiasko erlebt; hier und da wird noch was zu holen sein, aber das ändert an dem mit ungeheuren Opfern bezahlten Fiasko nichts; politisch ist das Fiasko für die Zukunft von allergrößter Tragweite. „Das ist, bemerkt das gleiche Tageblatt, von Polen gar nicht zu sprechen, in Litauen genau so, wie es in der Ukraina ist“.

Wir schreiben das nicht, um gegen die betreffenden Völker Stimmung zu machen. Wir sind Anhänger ihrer Unabhängigkeit. Sämtliche polnische Parteien in Warschau haben im Mai v. J. für die Unabhängigkeit Litauens eine Erklärung abgegeben. Was die Ukrainer anbetrifft, so muß festgestellt werden, daß noch im August 1917, als die Herren Hruschewskij und Holubowicz es nicht wagten, das Wort „Unabhängigkeit“ in den Mund zu nehmen, die Polen Rudnicki und Lukaszewicz es waren, die in der kleinen Rada die Abtrennung der Ukraina von Rußland verlangten. Aber wir sind nicht dazu da, um Luftschlösser zu bauen; wir betonten und betonen es heute noch, daß in Litauen die Polen das reifste, staatserhaltende Element sind, und daß in der Ukraina ohne die Polen weder von wirtschaftlicher noch von politischer Betätigung im Interesse der Mittelmächte die Rede sein kann. Und im allerwenigsten sind wir dazu da, um die Aufstellung von „Bollwerken“ gegen Polen gutzuheißen. Aus voller Ueberzeugung und auf Grund der neuesten Erfahrungen stellen wir fest, daß das nicht nur für Polen, sondern auch für Deutschland schädlich und gefahrbringend ist. Wenn Herr Prof. Delbrück behauptet, daß vom Osten keine Gefahr mehr droht, so ist das verhängnisvoller Optimismus.

Rußland und die Ukraina werden sich ziemlich rach zusammenfinden. Nur ein starkes Polen kann hier einen Damm bilden.

Wir wissen wohl: mundus vult decipi. In manchen Kreisen der öffentlichen Meinung herrscht eine solche Verblendung und Abneigung gegen alles, was polnisch ist, daß sämtliche politische Fragen nicht auf ihren ethischen und sachlichen Wert hin, sondern auf ihre antipolnische Bedeutung hin beurteilt werden. Und so konnte man dem simplen deutschen Leser einreden, daß die obenerwähnten „Bollwerke“ eine „Sicherung“ gegen Polen sind. So konnte man auch zu anderen „Sicherungen“ gelangen. Man stellt den einfachsten Menschenverstand auf den Kopf und behauptet, daß wenn vom polnischen Staate eine bis zwei Millionen Urpolen abgetrennt und dem preußischen Staate einverleibt werden, so wird in den Ostmarken Ruhe und in Polen „Sicherung“ herrschen. Mundus vult decipi, und der Durchschnittsleser überlegt gar nicht, daß damit die innerpreußischen und östlichen Schwierigkeiten verzehnfacht werden, und zwar in einer Zeit, wo bei aller imposanten Ueberlegenheit Deutschlands Freunde und gute Nachbarn nicht allzu häufig sein werden. Manche Politiker sehen schon ein, daß mit Grenzsicherungen und Einverleibungen nichts Gutes erreicht wird und kommen mit neuen Ideen. Dem polnischen Staate sollen nämlich „Kriegsentschädigungen“ in der Höhe von so viel Milliarden auferlegt werden, daß das Land für unabsehbare Zeit proletarisiert werden, verkommen muß. Das wäre auch ein Beweis der schlimmsten Unkenntnis der menschlichen Psychologie, wie sie überhaupt die Machtpolitiker an den Tag legen; nicht die zufriedenen, sondern die verzweifelten Nachbarn sind die schlimmsten. Die Phantasie derjenigen, die nur auf Haß und Abneigung gegen Polen abgerichtet sind, ist uferlos. Lesen wir einmal, was auf diesem Gebiete Herr Cleinow leistet. Der Herr war während der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs einer der Hauptvertreter der deutschen Regierung in Warschau; die Politik des damaligen Reichskanzlers war versöhnend, die Politik aber seines Beamten . . . ., wir können uns wohl vorstellen, von welchem Geiste sie erfüllt war, wenn wir seine Herzensergüsse lesen. In einem

am 2. Mai im preußischen Abgeordnetenhause gehaltenen Vortrag beglückte Herr Cleinow seine Hörer mit einer ganzen Reihe von absolut unrichtigen Behauptungen über die angeblichen Versuche des Regentschaftsrates, mit Wilson Verbindungen anzuknüpfen, über den angeblichen Deutschenhaß in Polen, über das angebliche Sammeln eines Milliardenfonds zum Auskauf deutscher Besitzer, wenn die Umgestaltung des preußischen Wahlrechts die Voraussetzungen dafür schafft, über einen geheimen Vertrag zwischen Polen und Rußland vom Jahre 1912, in dem die Polen auf Litauen, Teile von Weißrußland und das Chełmer Land verzichten, wofür ihnen Rußland Ost- und Westpreußen und von Schlesien alles Land östlich der Oder und ganz Oberschlesien zusicherte. Das wurde in einer öffentlichen Versammlung erklärt. Wir verlangen hiermit Beweise für diese dreiste Behauptungen, Beweise, nicht persönliche Injurien, wie es Herr Cleinow beliebt hat. Und zur Krönung seines Werkes entwarf der gewesene Dezernent für deutsch-polnische Verständigung ein Programm („Tägliche Rundschau", Nr. 225), „hinsichtlich der Lösung der polnischen Frage vom deutschen Standpunkt aus, wies darauf hin, daß wir vor unsern Ostgrenzen einen Sicherheitsstreifen brauchen, der polnisches Gebiet mit Warschau einschlösse, und mit Deutschland derart verbunden würde, daß dieser etwa als Republik aufzurichtende Staat durch ein deutsches Staatssekretariat verwaltet bzw. beaufsichtigt würde. — Diesem Staate dürfte eine eigene Diplomatie und eine eigene auswärtige Politik nicht gestattet werden. Weiterhin erörterte der Redner die Notwendigkeit der Angliederung des polnischen Industriegebietes von Dąbrowa vor der oberschlesischen Grenze, das der Herd revolutionär-panslawistischer Umtriebe sei und das im Interesse der oberschlesischen Industrie in Preußen einbezogen werden müsse. — Weiterhin zeichnete der Vortragende die Grenzen bis zum Bug, wies auf das Gebiet von Białystok hin und auf den Verlauf der militärischen Grenze durch Litauen bis Kurland. Die Zahl der eingegliederten Polen würde sich auf etwa 1½ Millionen belaufen. Ihre Vertretung im Reichstage müsse im Laufe der nächsten 45 Jahre ausgeschlossen bleiben. Im

Gebiete von Białystok möchte der Redner die litauischen Juden angegliedert wissen, die er als einen anderen Menschenschlag als die polnischen Juden bezeichnete. In Litauen seien die Anfänge jüdischer Landwirtschaft bereits vorhanden. Białystok könne der Umschlagsort für den mitteleuropäischen Handel werden. Aus Litauen einen großen Staat zu machen, wäre unzweckmäßig und würde uns nur belasten. An Rußland empfahl der Redner die Rückgabe von Wilno. Weiter betonte Geheimrat Cleinow die Notwendigkeit einer Verständigung mit Oesterreich-Ungarn, damit sich die Donaumonarchie aus Polen zurückziehe. Es habe bereits Augenblicke gegeben, in denen Wien dazu bereit war, und daran müsse sich anknüpfen lassen.“

Mundus vult decipi — und die guten Hörer des Herrn Cleinow haben sich an seinen Ausführungen begeistert. Wir müssen diese Ausführungen hier festnageln und für ferne Generationen ein Dokument aufbewahren, wie im 20. Jahrhundert über Völkermoral, Recht und Sitte gedacht wurde. Glauben die Anhänger obiger Ideen wirklich, daß solche Wahngebilde verwirklicht werden können?

Nein. Haß und leidenschaftliche Verblendung haben nie etwas Dauerndes geschaffen. Es bestehen ewige ethische Gesetze sowohl für das Privatleben wie auch für das staatliche Leben. Wir wollen unsere Zukunft auf Frieden und Bündnisse stützen, die eine bessere Garantie sind, als Mittel, die Millionen und aber Millionen zer Verzweiflung treiben müssen. Wir wünschen auch den Ukrainern eine konsolidierte Zukunft, dürfen aber die Rechte der dortigen Polen nicht verkennen. Wir sind für die Selbständigkeit Litauens, aber wir können das föderative Ideal Polens nicht vergessen und müssen auf die Ansprüche Polens auf die dortigen polnischen Territorien hinweisen. Alle diese Fragen lassen sich lösen mit ruhigem Gewissen und mit besten Aussichten auch für die deutsche Zukunft, nicht aber mit Mitteln, die aus dem Grundsatz fließen: mundus vult decipi, ergo decipiatur. Der erste Schritt einer Gesundung der zerfahrenen Verhältnisse der „Randvölker“ müßte die Erkenntnis sein, daß die Polenfrage der Angelpunkt der „Ostpolitik“ sei und daß ohne

ein freies, starkes Polen im Osten nie Ruhe und Kultur herrschen wird. Die bisherigen Erfahrungen, die Deutschland dank den Freibeutern der öffentlichen Meinung gemacht hat, sollten denkenden Leuten die Augen öffnen. Und Deutschland ist doch das Land der Denker.

Der polnische Staatsrat.

Warschau, den 30. April 1918.

Der polnische Staatsrat ist da. Die erste gesetzgeberische Landesvertretung ist bereits — mit Ausnahme der Virilisten — zusammengesetzt und wird hoffentlich Ende Mai zur Tagung einberufen werden.

Bekanntlich besteht der Staatsrat aus drei Gruppen von Mitgliedern: aus gewählten, ernannten und Virilisten. Die Wahlen in die erste Gruppe wurden bereits Mitte d. M. abgeschlossen und haben 53 Mitglieder des Staatsrates ergeben. Die Wahlen selbst wurden unter ziemlich geringer Teilnahme der Bevölkerung vorgenommen. Es konnte auch nicht anders sein. Das Wahlsystem ist sehr kompliziert; als Grundlage dienten die Kreisvertretungen, die im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet aus Wahlen, im Generalgouvernement Warschau dagegen aus Ernennungen — größtenteils aus der Mitte des Großgrundbesitzes — hervorgegangen waren. Einige Stellen sollten durch die Stadtverordnetenversammlungen in Warschau, Lódź und in Lublin besetzt werden; nun ist aber der Gemeinderat in Lublin aufgelöst und konnte die Wahlen nicht vornehmen; die betreffenden Mitglieder wurden also nachträglich statutengemäß vom Regentschaftsrat ernannt. Diese Wahlen konnten somit um so weniger ein getreues Abbild der im Lande herrschenden Stimmungen ergeben, als die Mitglieder der Kreisvertretungen noch zu jener Zeit ernannt wurden, als der Passivismus vorherrschend war; andererseits aber hat sich ein Teil der Wählerschaft von den Wahlen ferngehalten, und zwar die radikale Linke und die passivistische christliche Demokratie. Diese Elemente, radikale Demokraten, sind absolute Gegner des Staatsrates als solchen und plädieren nur für einen Landtag,

der aus den gleichen, geheimen und allgemeinen Wahlen hervorgehen soll. Infolge dieser Abstinenz der Arbeiterschaft kam es dazu, daß zum Vertreter der Arbeiterkurie in Warschau der Führer der jüdischen Nationalisten gewählt wurde. Trotz dem allen haben die Wahlen einen Umschwung der Geister erwiesen. Kennzeichnend ist schon die Tatsache allein, daß der Zwischenparteiliche Klub, aus Nationaldemokraten, Realisten und Fortschrittlern bestehend, der bis jetzt konsequent dem Passivismus huldigte, gegenwärtig sich an einer Körperschaft beteiligt, deren vornehmste Aufgabe der Aufbau des polnischen Staates in den gegebenen Verhältnissen ist. Noch vor einigen Monaten führte der Zwischenparteiliche Klub Verhandlungen mit der Linken, um gemeinsam den Staatsrat zu boykottieren; der gesunde staatsbildende Instinkt hat aber den Sieg davongetragen; und die Führer des Klubs erklärten öffentlich, daß die weitere Passivität ein Unglück für das Land wäre. Welcher Schade, daß diese Erkenntnis so spät heranreifte.

Um sich den Rückzug von der bisher eingenommenen Position zu ermöglichen, hat die Nationaldemokratie in manchen Wahlbezirken, z. B. in der Warschauer Stadtverordnetenversammlung (durch den sogenannten Nationalen Klub) eine Deklaration abgegeben voller Einschränkungen, wonach der endgültige Aufbau des polnischen Staates Sache des Landtages sein soll und der Staatsrat weder die Regierungsformen, noch die Staatsgrenzen und internationalen Verträge entscheiden soll. Da nun die Entscheidung über diese von Natur aus sehr wichtigen Dinge dem zukünftigen Landtage zugewiesen werden muß, und kein Mensch dies in Frage gestellt hat, so hat die erwähnte Deklaration im wesentlichen nur einen platonischen Charakter; sie widerspricht vor allem nicht der Tatsache, daß der Regentschaftsrat ein Organ ist, dem die Vorbereitung des ganzen Aufbaus der polnischen Staatlichkeit zufällt, durch Vornahme aller Arbeiten, die eben heute schon erledigt werden können.

Das Ergebnis der ersten Wahlen war auch den Verhältnissen entsprechend. Es wurden einige dreißig Mitglieder

des Zwischenparteilichen Klubs und 13 entschlossene Aktivisten gewählt; unter letzteren einige bekannte Führer.

Selbstverständlich werden auch die ersteren keine negative Politik führen; aber für das Gesamtbild des Staatsrates können sie nicht maßgebend sein; das Gesetz hat auch das Prinzip des Gleichgewichtes vorausgesehen und als Korrelat die Ernennungen in den Staatsrat in die Hände des Regentschaftsrates gelegt. Jetzt hat der Regentschaftsrat auch seine Wahl getroffen. Am 26. d. M. wurden 43 Mitglieder ernannt. Der Regentschaftsrat trachtete dabei, möglichst hoch über den Parteien zu stehen; den gegenwärtigen Stimmungen des Landes Rechnung tragend, hat er aber in erster Reihe die Führer des polnischen Aktivismus erwählt.

Um die Verhältnisse aufzuklären, muß vorausgeschickt werden, daß der polnische Aktivismus gegenwärtig eine weitverbreitete Organisation hat, die sämtliche auf dem Boden des schnellsten Aufbaus der polnischen Staatlichkeit stehenden Gruppen umfaßt; das ist der Bund für Aufbau des polnischen Staates. Diesem Bunde gehören an: zahlreiche Parteilose, das Zentrum, die Liga der Polnischen Staatlichkeit, die Nationale Partei, die Volksvereinigung (Bauernpartei). Diesem Bunde gegenüber steht der Zwischenparteiliche Klub, dem, wie bereits gesagt, die Nationaldemokraten, die Realisten und die Fortschrittspartei angehören.

Unter den vom Staatsrat Ernannten befinden sich bekannte Aktivistenführer, z. B. Dr. Ludwig Zieliński, Professor Garlicki, Gustav Simon, Mikułowski-Pomorski, Graf Wojciech Rostworowski, Zbrowski und der als Deutschenfreund bekannte Publizist Władysław Studnicki. Von dem Zwischenparteilichen Klub wurden ernannt: Graf Henryk Potocki (Realist), Direktor Wierzbicki und Fabrikant H. Grohmann aus Lódź, der nationaldemokratische Führer Kiniorski usw.

Im großen und ganzen stellt sich das Parteibild des Staatsrates folgendermaßen dar (Aenderungen sind nicht ausgeschlossen!):

Aktivisten.

Bund für den Aufbau des polnischen Staates.

Parteilose:

Ernannt: 1. A. Bieliński, 2. Zygmunt Brudziński, 3. Walerjan Górski, 4. Josef Mikułowski-Pomorski, 5. Marjan Zbrowski, 6. Bolesław Sekutowicz, 7. Adolf Suligowski, 8. Władysław Zawadzki.

Gewählt: 9. Damian Gniazdowski, 10. Josef Marczewski, 11. Dr. Stanisław Libicki, 12. Stanisław Chaniewski, 13. Jan Kosior, 14. Gabriel Łuniewski.

Zentrum:

Ernannt: 15. Pfarrer Antoni Aksamitowski, 16. Bronisław Szlubowski, 17. Antoni Humnicki, 18. Pfarrer Scipio del Campo, 19. Jan Skotnicki, 20. Eugen Zieliński, 21. Dr. Ludwig Zieliński.

Gewählt: 22. Pfarrer Władysław Malinowski, 23. Professor Alfons Parczewski.

Liga der Polnischen Staatlichkeit:

Ernannt: 24. Gustav Simon, 25. Rafal Radziwiłłowicz, 26. Marjan Grotowski, 27. Stanisław Garlicki.

Gewählt: 28. Antoni Minkiewicz.

Nationale Partei:

Ernannt: 29. Josef Targowski, 30. Graf Wojciech Rostworowski, 31. Eustachy Szymanowski.

Gewählt: 32. Janusz Szwejcer.

Volksvereinigung:

Gewählt: 33. Leon Siemieński.

Aktivisten, die nicht dem Bund für den Aufbau der polnischen Staatlichkeit angehören.

Parteilose:

Ernannt: 34. Josef Ostachowski, 35. Landmann Tomasz Tomała, 36. Josef Błyskosz, 37. Bolesław Markowski.

Volksvereinigung:

Ernannt: 38. Landmann Antoni Kujawa, 39. Feliks Starzyński, 40. Franciszek Wojda, 41. Henryk Wyrzykowski.

Gewählt: 42. Jan Grabowicz, 43. Walenty Augustyniak.

Ehemalige Mitglieder des Nationalen Arbeiterverbandes:

Ernannt: 44. Mateusz Dziurzyński, 45. Michał Nowak, 46. Teodor Szybiłło.

Staatspartei:

Gewählt: Michał Łempicki.

Klub der Anhänger der Polnischen Staatlichkeit:

Ernannt: Władysław Studnicki.

Assimilatoren:

Ernannt: 49. Bolesław Eiger, 50. Josef Natanson.

Passivisten.

Zwischenparteilicher Klub:

Gewählt: 1. Stefan Bądzyński, 2. Czesław Brzeziński, 3. Zygmunt Chrzanowski, 4. Henryk Ciechomski, 5. Kazimierz Fudakowski, 6. Garbiński, 7. Pfarrer Leon Gościcki, 8. Władysław Jabłonowski, 9. Paweł Jabłoński, 10. Josef Jabłoński, 11. Pfarrer Włodzimierz Jasiński, 12. Oskar Kindler, 13. Eugenjusz Krasuski, 14. Krzywikowski, 15. Zygmunt Leszczyński, 16. Antoni Marylski-Łuszczewski, 17. Bolesław Malcz, 18. Witold Marczewski, 19. Feliks Ochimowski, 20. Graf August Potocki, 21. Graf Władysław Potocki, 22. August Popławski, 23. Ludomir Puławski, 24. Henryk Radziszewski, 25. Alexander de Roset, 26. Mieczysław Skarzyński, 27. Stanisław Skarbiński, 28. Josef Świeżyński, 29. Felicjan Lechnicki, 30. Tadeusz Świecki, 31. Adam Strzelecki, 32. Josef Wolczyński, 33. Graf Władysław Zamojski, 34. Włodzmierz Karski.

Ernannt: 35. Leon Tallen Wilczewski, 36. Andrzej Wierzbicki, 37. Graf Henryk Potocki, 38. Marjan Kiniorski, 39. Henryk Grohmann.

Parteilose:

Ernannt: 40. Stanisław Lipczyński, Handwerker, Ratmann von Warschau, 41. Dr. Alfred Sokołowski, 42. Władysław Skup.

Juden:

Gewählt: 43. Noah Priłucki, 44. Rosenblat, 45. Adolf Weisblat.

Ernannt: 46. Moses Pfeffer, 47. Joel Wegmeister.

Deutscher Kolonist:
Ernannt: 48. Emil Kaschube.

Das obige Bild ist noch nicht vollständig. Es kommen noch in den Staatsrat — wie gesagt — Virilisten, also Vertreter der Hochschulen, der Konfessionen usw. Diese 12 Virilisten werden von der allergrößten Bedeutung sein. Sehr gespannt sind wir auf die Vertrauensmänner der evangelischen Kirche in Polen, wobei zu erwähnen ist, daß bereits einige Deutsche dem Staatsrat angehören, und zwar: Herr Kindler aus Lodz und Herr Kaschube, der ausdrücklich als Vertreter der deutschen Kolonisten vom Regentschaftsrat in den Staatsrat berufen wurde. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die entschlossenen Aktivisten eine, wenn auch nicht große, Majorität besitzen und daß die bisherigen Passivisten den Landesnotwendigkeiten Rechnung tragen werden.

P. Warszawski.

Die Mordbrennerwirtschaft in der Ukraina.

I.

Vor einigen Tagen lasen wir in den Zeitungen folgende, vom Berliner Ukrainischen Pressebüro verbreitete Nachricht:

Dem Ukrainischen Pressebüro Berlin wird gemeldet, daß zwischen dem polnischen zweiten Armeekorps und der ukrainischen Volksrepublik ein Abkommen getroffen wurde, auf Grund dessen die ukrainische Volksrepublik die Neutralität der polnischen Heeresformation anerkennt und ihr vorübergehend im Lande Gastfreundschaft gewährt. Dem polnischen Heere ist der freie Abzug mit Waffen zum gegebenen Augenblicke aus dem ukrainischen Staatsgebiet gestattet. Ein Teil des Gouvernements Tschernigow ist als Aufenthaltsort zugewiesen und das Recht, Requisitionen vorzunehmen, zugebilligt worden. Verteidigungs- und Kampfmaßregeln darf das polnische Heer nur mit Wissen und Willen des ukrainischen Staates vornehmen. Die hiermit anerkannte Neutralität des zweiten polnischen Armeekorps soll die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse wie den Zusammenstoß zwischen ukrainischen Bauern und polnischen Legionären bei Niemirow in Zukunft unmöglich machen.

Diese Mitteilung wird dem Durchschnittsleser, der bis jetzt von der Presse über die dortigen Verhältnisse sehr

wenig informiert war, auch wenig sagen. Zur Einführung muß also erwähnt werden, daß nach Ausbruch der russischen Revolution die polnischen Soldaten der russischen Armeen die ersten waren, die sich in nationalen Truppenverbänden organisierten. Von diesen Truppen befindet sich gegenwärtig in Weißruthenien ein Armeekorps unter Dowbor Muśnicki, der bekanntlich mit der deutschen Heeresleitung ein Abkommen getroffen hat, während zwei weitere Armeekorps, unter den Generälen Michelis und Stankiewicz, in der Ukraina ihren Standpunkt haben. Letztere sind ziemlich zahlreich, stramm organisiert, nur haben sie unselig unter der ukrainischen Anarchie zu leiden, die sie nicht mit Gewalt bekämpfen wollen, um das Blutvergießen nicht zu vergrößern, und weil sie die ukrainisch-polnischen Gegensätze nicht verschärfen wollen. Diese Rücksichtnahme wollen die Ukrainer nicht würdigen, sie kann auch von ihnen nicht verstanden werden, denn die überwältigende Mehrheit der Ukrainer besteht zur Zeit aus Analphabeten, ohne jegliches nationale Bewußtsein, mit dumpfen Erinnerungen an das Heidamakentum (kosakische Räuberbanden) der Vergangenheit, ungezügelten Gelüsten nach dem herrschaftlichen, größtenteils polnischen Großgrundbesitz. Von irgendeiner moralischen oder behördlichen Gewalt ist unter diesen Leuten keine Rede; ihre einzigen Anführer sind ehemalige russische Soldaten und hie und da fanatische orthodoxe Popen.

Der Ausbruch der russischen Revolution war für diese sogenannten Ukrainer ein Signal zum Ausplündern der Intelligenz und des Großgrundbesitzes, wobei Hunderte, auch Greise und Kinder (z. B. der dreiundachtzigjährige Fürst Sanguszko) viehisch ermordet, unzählige Kulturgüter, Vorräte von Getreide und anderen Lebensmitteln vernichtet wurden. Wir haben über diese Vorfälle kurz berichtet, das deutsche Publikum wollte aber in seiner Verblendung davon nichts wissen. Als noch vor einer Woche durch die Zeitungen ein Bericht über die von den ukrainischen Bauern begangenen Morde an polnischen Soldaten ging, versah der „Lokal-Anzeiger“ diese Nachricht mit einem feinen, ironischen Kommentar, in dem diese Nachricht als von polnischer Seite

herrührend verdächtigt wurde. Jetzt beginnt es Licht zu werden. Aus der Ukraina kommen direkte Nachrichten, und zwar von deutschen Korrespondenten und Berichterstattern. Der Korrespondent der „B. Z. am Mittag“ muß in Kijew feststellen, daß in ganz Kijew, wie auch in den anderen ukrainischen Städten, die Verkehrssprache russisch ist, öfters wird polnisch gesprochen, daß die Rada von niemandem beachtet wird usw. Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ erzählt in seinem ersten Briefe (Nr. 119) von seiner Fahrt durch den polnischen Großgrundbesitz und dessen „Enteignung“. Die Bauernschaft führt ein üppiges Leben, fast jeder Bauer hat seine private Wodkabrennerei, „in den Zimmern stehen in den Ecken noch die Gewehre, man sagt, sogar noch Maschinengewehre, und es fehlt nicht an Munition“. Die kolossalen, vorzüglich verwalteten Güter der Branickis und Radziwiłłs sind größtenteils Trümmerhaufen. „Die Zuckerfabrik selbst steht noch, nur im Laboratorium ist alles kurz und klein geschlagen. Der Instinkt sagt wohl den Bauern, daß sie die Fabrik schonen müßten, um ihr im Herbst Rüben zu verkaufen und um sich so nicht den eigenen Brunnen zuzuschütten. Aber alle Wirtschaftsgebäude und Beamtenhäuser ringsum sind niedergebrannt, kahle Mauern ragen, als ob der Krieg übers Land gebraust wäre. 5700 Tonnen Zucker hat das rasche Zupacken der Deutschen in den Lagern der Fabrik noch gerettet, aber 500 haben die Bauern in Flüsse und Brunnen geworfen.“ Vom Gut Stawiszcze wird erzählt: „Hier stand in seinem Parke das Schloß des Grafen Branitzki, 40 ukrainische Soldaten saßen zu seinem Schutze bereit, als eines schönen Januarmorgens eine Rotte von Weibern und halbwüchsigen Bengels unter Schreien und Johlen in den Park drang. Da schossen die Soldaten ihre Gewehre in die Luft und machten dann einfach mit. Schonungslos wurde geplündert, Marmorstatuen und Kunstwerke wurden zerschlagen, zerschnitten, in den See geworfen, Porzellan wurde zertrümmert, im Wintergarten wurden die Palmbäume abgesägt, die Saaten in den Mistbeeten zertreten, die Fensterscheiben eingeworfen. Dann ward das Chaos angezündet, und die Enteignung eines Großgrundbesitzes war

vollendet. Das berühmte Gestüt Schamrajowka mit seinen 400 englischen und arabischen Vollblütern ist verschwunden, die Samenzüchtereien von Wielka Polowcka, die jährlich 10 000 Zentner Samen nach ganz Europa versandten, sind vernichtet. So leben die Bauern in den Tag und trinken ihren selbstgebrauten Schnaps. Sie haben Korn, vom gestohlenen Vieh übermäßig viel Fleisch, Milch und Butter, Hühner und Eier, Geld sogar pfundweise, und Türen und Fenster, Möbel und Bilder aus Vorwerken und Gütern."

Das sind kleine Genrebilder zu einer großen Tragödie, der unzählige Menschenleben zum Opfer fielen und deren Folgen auch für Deutschland unberechenbar sind.

Nun kommen wir zum letzten Kapitel. Ueber die Ermordungen polnischer Soldaten von ukrainischen Bauern, „freien Kosaken", Roten und wie das ganze Gesindel sich noch nennt, lesen wir einen ausführlichen Bericht in dem in Kijew erscheinenden Tageblatt „Dziennik Kijowski". Hier lassen wir eine wortgetreue Uebersetzung folgen:

II.

Der erste Fall, der gewissermaßen eine ganze Reihe blutiger Exzesse ankündigte, fand am 10. April d. J. in Peczara statt. Nach diesem Dorf kam am 10. April eine Abteilung der vierten Division des Generals Glass, bestehend aus 60 Mann mit dem Obersten Jeżowski an der Spitze. Das Detachement führte 10 Wagen zum Abtransport des hier mit Erlaubnis des Landwirtschaftlichen Komitees aufgekauften Mehls mit. Da Gerüchte kreisten, daß die Bauern einen Hinterhalt vorbereitet hatten, ließ Oberst Jeżewski zu beiden Seiten des Standortes Maschinengewehre aufstellen. Indessen ging die Ablieferung des Mehls, für das nach Vereinbarung gezahlt wurde, ohne irgendwelche Hindernisse seitens der Bauern vor sich, die überhaupt durch nichts feindliche Absichten verrieten. Erst beim Abziehen der Abteilung fielen aus einem Hinterhalt von allen Seiten Schüsse. Oberst Jeżewski wollte ein Blutvergießen vermeiden und verbot seinen Soldaten, das Feuer zu erwidern. Das von allen Seiten umringte Detachement sah sich einer ungeheuren

Uebermacht gegenüber, wurde entwaffnet, die Wagen und Pferde nahmen die Bauern an sich, und die Soldaten wurden anderthalb Tage im Amtshaus der Gemeindeverwaltung von Peczara gefangen gehalten.

Am 12. April wurde in der Nähe der gleichen Ortschaft der Unteroffizier Skoczylas mit 7 Ulanen von einer bewaffneten Bauernbande überfallen. Die Soldaten verteidigten sich nicht, wurden entwaffnet und beraubt. Am nächsten Tage wurde eine halbe Schwadron polnischer Ulanen, die unter Kommando des Leutnants Sadowski nach dem Dorf Strzelczyńce kam, um das zuvor angekaufte Stroh und Heu abzunehmen, von Bauernbanden überfallen. Da die Abteilung den Bauern offenbar zu stark schien, verhielten sie sich in der weiteren Folge ruhig, so daß der polnische Kommandant sich durch die zur Schau getragene Freundlichkeit der Bauern täuschen ließ und in dem Dorfe übernachtete. In der Nacht wurden dann die schlafenden Ulanen überfallen, entwaffnet und aller Habseligkeiten beraubt. Während des Ueberfalles haben die Bauernbanden übrigens nach allen Regeln der strategischen Kriegskunst Vorposten und Wachen ausgestellt, so daß jede Verbindung mit den anderen polnischen Abteilungen abgeschnitten war; einzelne Ordonanzen derselben, die nach Strzelczyńce wollten, wurden denn auch von den Bauern aufgehoben. Auch alle Unbeteiligten, die zufällig des Weges kamen, wurden von den Bauernwachen aufgehalten und entwaffnet.

Bis zu diesem Zeitpunkt trafen die Gewalttaten der Bauern auf keinen Widerstand, denn von polnischer Seite fiel kein einziger Schuß. Nunmehr kam es anders. Am 13. April fuhr Oberst Kuncmann im Automobil aus Winnica zu seinen Detachements. Er wurde auf seiner Fahrt vielfach beschossen, gelangte aber schließlich ungefährdet nach Niemirow, und von hier zog er dann am nächsten Tage mit einer Schwadron Ulanen nach Strzelczyńce, wo Tags zuvor das Detachement des Leutnants Sadowski überfallen war. Oberst Kuncman betrachtete sein Unternehmen nicht als Strafexpedition, sondern wollte zunächst die geraubten Pferde und Waffen wiedererlangen. Er nahm deshalb auch keine Ar-

tillerie und keine Maschinengewehre mit. Indessen wurde er schon auf dem Wege nach Strzelczyńce wiederholt von starken Bauernbanden angegriffen und hatte Gefechte zu bestehen, in deren Verlauf die Ulanen in dem Dorfe Medweza 11 Häuser, in denen ihnen ein Hinterhalt bereitet war, anzünden mußten. In Strzelczyńce angelangt, trafen sie sehr starke Bauernbanden an, die aus Maschinengewehren regelrechtes Feuer eröffneten. Da die Schwadron keine Artillerie besaß, zog sie es vor, zurückzukehren, und nahm den Kampf nicht auf. Inzwischen wurde aber Niemirow, wo die 2. und 3. Ulanenschwadron stand, von bewaffneten Bauernbanden umgeben, und Oberst Kuncman konnte sich überzeugen, daß alle Wege besetzt waren und keine Ordonnanz zurückkehren konnte. Er schlug nunmehr die Richtung nach Tywrow ein und wollte die in der Nähe stehende 1. Schwadron nebst Artillerie zusammenziehen. Als er aber überall auf Widerstand traf und Schwierigkeiten hatte, sich durchzuschlagen, schickte er sein Detachement nach Niemirow zurück und zog allein mit nur einem Begleiter weiter. Von diesem Augenblick an ging jede Spur von ihm verloren. Er soll in der Nähe von Potusza ermordet worden sein.

Am gleichen Tage wurde Niemirow von einer sehr starken Bauernbande überfallen. Am Nachmittag betraten drei Bauernabteilungen in geordneter Kampfstellung die Stadt, während gleichzeitig andere Bauernabteilungen die Stadt von allen Seiten umgaben. Das Ganze ging sehr schnell vor sich, woraus auf einen ausgezeichneten Kundschafterdienst geschlossen werden muß. Die in die Stadt eindringenden Bauern begannen sodann die einzelnen polnischen Soldaten, wo sie dieselben auffanden, zu verhaften und sofort zu erschießen. Auf diese Weise mußten 11 polnische Soldaten ihr Leben lassen. Als Leutnant Romiszewski, der bei sich an 300 Mann hatte, die Situation erkannte, berief er seine Offiziere zu einer Beratung, in der beschlossen wurde, die Stadt nicht zu verlassen, um nicht die großen, während einer mehrmonatigen Anwesenheit der polnischen Detachements angesammelten Vorräte dem Raub und der Plünderung preiszugeben. Inzwischen klang von fern Geschützdonner, und die polnischen

Abteilungen hofften, daß sie Verstärkung und Artillerie erhalten werden. Es fand in der Umgebung ein Kampf mit den Bauern um den Flußübergang bei Kanawa über den Boh statt; die Bauern waren aber schon am Abend desselben Tages genau davon benachrichtigt, daß die zum Entsatz herbeieilenden Abteilungen aufgehalten wurden und nicht rechtzeitig eintreffen konnten.

Am Abend schlug der Volkskommissar Iwaszenko vor, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die Polen sollten das Recht des freien Abzugs mit Waffen und Munition erhalten, und auch von der Zivilbevölkerung sollte jeder, der wollte, mit den Polen abziehen können. Die Verhandlungen sollten am nächsten Morgen zum Abschluß gebracht werden und bis dahin sollte der Kampf ruhen. Allein die Bauern richteten sich nicht danach, und die ganze Nacht hindurch wurde der Kampf in den Straßen der Stadt fortgesetzt, trotz des vereinbarten Waffenstillstandes.

Am nächsten Morgen, den 15. April d. J., erklärten die Bauern, daß sie den Polen nicht gestatten werden, mit Waffen abzuziehen. Infolge Mangel an Munition und jeder Hoffnung auf Entsatz beraubt, mußte Leutnant Romiszewski in diese Bedingungen einwilligen. Er unterschrieb einen Vertrag, wonach seine Soldaten die Waffen niederlegen und die Stadt unbehelligt verlassen sollten; den von den polnischen Abteilungen besetzten Stadtteil sollten die Bauern erst dann einnehmen, wenn die Polen ganz abgezogen sein würden.

Als nun die polnischen Soldaten alle ihre Waffen auf die Wagen abgeliefert hatten, drangen plötzlich die Bauern mit Hurragesschrei auf sie ein und begannen sie zu schlagen. Gleichzeitig wurden die polnischen Offiziere ergriffen, ihrer Bekleidung vollständig beraubt und erschossen oder ermordet. So fielen die Offiziere Chamiec, Sadowski, Filarski, der Leutnant Węcławowicz und Żurakowski. Leutnant Mikowski blieb nur durch einen günstigen Zufall am Leben. Als er nämlich zur Exekution geschleppt wurde, begann er mit seinen Henkern zu ringen. Er erhielt mehrere Kopfhiebe mit einer Axt und

Harke und fiel besinnungslos zu Boden. Am Boden liegend, erhielt er noch weitere Schläge und wurde dann für tot gehalten. Bauernmädchen bemerkten aber, daß er noch „mit den Augen zwinkerte“, worauf er mit einer Heugabel durchstochen wurde. Er lebte aber noch bis zum nächsten Tage, wo er von barmherzigen Sanitätern aufgehoben und in das Hospital der Fürstin Szczerbakowa gebracht wurde. Während des Transportes warfen sich die toll gewordenen Bauernbanden nochmals auf ihn und wollten ihn zerreißen; zum Glück eilte aber in diesem Augenblick die Prinzessin Szczerbakowa herbei, und auf ihr verzweifeltes Schreien ließen sie von ihm ab. Leutnant Mikowski wurde sodann in das Krankenhaus nach Winnica gebracht, wo man bei ihm 30 Hieb- und Stichwunden feststellte; es scheint aber, daß sein ungeheuer gesunder Organismus alles überstehen wird.

Zu gleicher Zeit ermordeten die Bauern auch die Offizierburschen. Leutnant Węcławowicz hatte einen russischen Burschen mit Namen Alexander (sein Familienname konnte noch nicht ermittelt werden), der seinem Herrn sehr anhänglich war. Als die Bauern zu schießen begannen, rief dieser Bursche, er sei ein Russe; darauf erschossen ihn die Bauern nicht, sondern gruben ihn lebend in die Erde ein. Die Leichen der Offiziere wurden später so verstümmelt aufgefunden, daß man die Persönlichkeit nicht feststellen konnte.

Als diese entsetzlichen Vorfälle geschahen, war die Abteilung des Leutnants Komorowski noch nicht entwaffnet. Diese Abteilung griff sodann dreimal die Bauern an und ist bis auf den letzten Mann gefallen. Andere Soldaten, als sie sahen, was geschah, entrissen den Bauern die Waffen und fielen so kämpfend. 200 am Leben gebliebene polnische Soldaten hat sodann eine ukrainische Abteilung nach Żmerynka geführt, wo sie den österreichischen Truppen übergeben wurden, die sie weiter nach Winnica geleiteten.

Während des Ueberfalls ist ein Teil der Bauern in das Büro der Gemeindeverwaltung von Peczara eingedrungen, hat dort die anwesenden 5 Beamten und 5 Diener ergriffen, wie eine Getreidegarbe zusammengebunden und so unter viehischem Gebrüll und Gelächter hingeworfen. Schließlich

erpreßten sie von denselben 6000 Rubel Geld und nahmen ihnen alle Habseligkeiten. Auf dem alten Friedhof wurden später 30 Opfer der Morde von Niemirow begraben. Das Begräbnis war sehr bescheiden und still, weil die Zivilbevölkerung vollständig terrorisiert war und um ihr Leben bangte.

Am 14. und 15. April fand gleichzeitig mit dem Ueberfall in Niemirow eine Schlacht bei Kanawa statt. Kavallerie- und Artillerieabteilungen aus der Gegend von Tywrow, Michalowka und Dzwonicha wollten zum Entsatz nach Niemirow. Bei Kanawa mußten sie über den Boh setzen; es stellte sich jedoch heraus, daß die Fähre im Besitz der Bauern war, die sich der Durchquerung des Flusses mit Maschinengewehren widersetzten. Die polnische Artillerie begann, Kanawa zu beschießen. Als die Ueberfahrt bereits gesichert war, kamen Flüchtlinge aus Niemirow, die von den dortigen Vorkommnissen berichteten. Da die polnische Entsatzabteilung erkannte, daß sie in Niemirow nichts mehr zu tun hatte und sich einer übergroßen Uebermacht gegenübersah, beschloß sie zurückzukehren. Bei dem Rückzuge wurden sie fortgesetzt von starken Bauernbanden überfallen, die besonders die Geschütze erobern wollten. Während dieser Rückzugskämpfe wurde zwar die Artillerie gerettet, aber es fielen 14 Mann und ein Offizier, Szeliski, ein bekannter Schriftsteller. Außerdem starb am nächsten Tage infolge der erlittenen Wunden ein anderer Offizier, Plut.

Während der nächsten Tage, als die 400 Mann zählende polnische Abteilung sich nach Winnica zurückzog, wurde unaufhörlich gekämpft. Es fanden regelrechte Gefechte statt bei Dzwonicha, Michalowka, Kliszczor und Tywrow, bei denen die polnische Artillerie und die sogenannte Ritterlegion Wunder der Tapferkeit vollbrachte. In einem Falle, als es sich darum handelte, die Geschütze zu retten, wurden nur je zwei Mann bei jedem Geschütz zurückgelassen, und die übrige Geschützbedienungsmannschaft griff frontal die Bauernbanden an. Dadurch war es möglich, die Geschütze in günstigere Positionen zu bringen und dieselben so vor den Bauern zu retten. Hier fielen der Leutnant Pruszak, die Volontäre

Skwarczyński, Prądzyński, Rogoziński. Sämtliche Dörfer der ganzen Gegend erwiesen sich als mobilisiert und nach allen Regeln der Kriegskunst bewaffnet.

Als die polnischen Detachements schließlich Winnica erreichten, wurden sie vor ein neues Problem gestellt. Die Oesterreicher in Winnica verlangten, die Polen sollten sofort nach dem ihnen zugewiesenen Standpunkt Chmielnik-Janów-Pików-Czerniatyńce ausrücken, da sie sonst entwaffnet werden würden. Gleichzeitig aber erhielten sie folgenden Befehl des ukrainischen Kreiskommandanten, Nr. 302, datiert vom 20. April:

„Dem Kommandeur der polnischen Truppen in Winnica. Jeder Durchmarsch Ihrer Truppen durch meinen Kreis ist verboten, insbesondere wird verboten, nach dem Ihnen von der österreichischen Kommandantur zugewiesenen Standort Janów-Pików-Chmielnik-Czerniatyńce auszurücken. Der Infanteriekommandeur Oberst Sawicki, Fähnrich Kirniczenko.“

Ueber den Umfang der Agitation, die dem Ueberfall in Niemirow vorausgegangen war, mögen folgende Tatsachen einen Begriff geben: In der Umgebung von Winnica reisten tagelang Agitatoren von Dorf zu Dorf und warben die Bauern für den Ueberfall an. Es ist festgestellt worden, daß einzelne Bauernbanden von 70 Kilometer entfernt liegenden Ortschaften kamen, und zwar in geschlossenen Zügen und mit ganzen Wagenkolonnen. Zurzeit ist auch in Winnica die Stimmung sehr beunruhigt, während in der Provinz, je tiefer hinein, die Bauernmassen gegen die Polen von Tag zu Tag mehr aufgehetzt werden. Vielfach kommt es zu blutigen Ausschreitungen. So haben die Bauern z. B. in Mazurowka 5 Väter polnischer Legionäre verhaftet: Tarczewski, Szutkiewicz, Polij, Poslowski und Wilczyński. Was weiter mit diesen geschehen ist, ist noch nicht bekannt, lediglich über Wilczyński wurde berichtet, daß er ermordet wurde. Aehnliche Fälle des Bauernterrors sind auch in Witowo vorgekommen, wo mehrere polnische Bauern erschlagen wurden, weil sie sich nicht an dem Ueberfall auf das polnische Heer beteiligen wollten.

III.

Das ist der objektive Sachverhalt — eine kleine Illustration der in der sogenannten ukrainischen Volksrepublik herrschenden Zustände. Das Berliner Ukrainische Pressebüro vertröstet uns — mit einer Erklärung der Kijower Rada. Der Leser wird aber zugeben, daß nach all dem Geschehenen uns jeder Glaube und jedes Vertrauen zu dem ukrainischen Staat fehlt.

(Die in der Ukraina erscheinenden polnischen Zeitungen berichten, daß am 24. April zwischen den polnischen Truppen und der ukrainischen Bauernschaft ein Waffenstillstand geschlossen wurde und daß die polnische Soldatenabteilung in Odessa sich aufgelöst habe.

Die letzten Depeschen berichten über einen grundsätzlichen Umschwung in Kijow. Das Ministerium und die Rada wurden gestürzt. General Skoropadskij wurde Hetman, Diktator der Ukraina. Die Rechte auf Privateigentum werden wieder hergestellt. Das neue Kabinett hat einen ausgesprochen russenfreundlich-kadettischen Charakter; zum Kriegsminister wurde ein Pole (?) Sliwinski ernannt.

Sehr hoffnungsvoll für die Politik der Zentralmächte klingt das nicht.)

Das deutsch-polnische Wirtschaftsbündnis.

(Fortsetzung.)

Die polnische öffentliche Meinung ist außerordentlich tief berührt worden durch den von der oberschlesischen Schwerindustrie aufgestellten Plan der Annexion des Dąbrowaer Kohlenreviers.

Die polnische Hütten- und Eisenindustrie ist im Vergleich zur deutschen Industrie ganz unbedeutend. Wenn man als bestimmendes Moment die Menge der Roheisenerzeugung annimmt, so erweist es sich, daß die Jahresproduktion Polens, die im Jahre 1912 etwa 400 000 t erreichte, nur einen kleinen Bruchteil des deutschen Jahreszuwachses an Roheisenproduktion darstellt. Die deutsche Roheisenproduktion betrug im Jahre 1909 — 12,9 Millionen t, im Jahre 1910 — 14,8 Millionen t, im Jahre 1911 — 15,6 Millionen t, im Jahre 1912 — 17,8 Millionen t; der deutsche Jahreszuwachs war also zwei- bis fünfmal größer wie die ganze Jahresproduktion Polens. Vom allgemein deutschen Standpunkt ist unsere Eisenindustrie

also so unbedeutend, daß ihre Existenz überhaupt für Deutschland gleichgültig sein kann. Anders wird aber unsere Eisenindustrie von Oberschlesien beurteilt. Die Roheisenproduktion Oberschlesiens beträgt etwa 1 Million t im Jahre.

Oberschlesien ist im Vergleich zu den anderen deutschen Eisenindustrierevieren durch seine geographische Lage sehr benachteiligt. In die Ostecke des Reiches eingezwängt, konnten seine Produkte nur mit Schwierigkeit auf den deutschen Markt gelangen, wo sie der scharfen Konkurrenz des rheinisch-westfälischen und der anderen deutschen Reviere in glücklicherer geographischen Lage begegneten.

Die Entwicklung der schlesischen Eisenindustrie wurde sehr durch den Mangel an Eisenerzen gehemmt. Schlesien besitzt ungeheure Kohlenreichtümer, darunter vorzügliche Kokskohlen. Die Kohlenförderung in Oberschlesien war im Jahre 1913 — 43,8 Millionen t, im Dąbrowaer Revier nur 6,8 Millionen t. Die Eisenerzförderung in Oberschlesien verringert sich von Jahr zu Jahr infolge Erschöpfung der Vorräte. Die Eisenerzförderung fiel von 1890 bis 1912 von 800 000 t auf 225 000 t. Die oberschlesische Eisenindustrie bezieht daher in wachsenden Mengen fremde Erze. Die eigenen minderwertigen Eisenerze mit einem Eisengehalt von 30 bis 35% bilden kaum $^1/_5$ des gesamten Eisenerzkonsums der oberschlesischen Hüttenindustrie, und wenn man gar den Eisengehalt als Bestimmungsmoment annimmt, so decken sie kaum $^1/_{10}$ des oberschlesischen Bedarfes. Von dem in Oberschlesien gewonnenen Roheisen entfallen $^9/_{10}$ auf fremde Erze, die aus anderen deutschen Revieren und aus dem Auslande bezogen werden.

An erster Stelle stehen die Erze aus Schweden, Norwegen und die Kriworoger russischen Erze mit einem Eisengehalt von 60 bis 70%. Das alles ist durchaus verständlich. Die Roheisenerzeugung stellt sich billiger aus reicheren Erzen und die Zufuhr eisenhaltigerer Erze aus der Ferne ist wohlfeiler wie die Zufuhr magerer Erze aus der nächsten Nähe. Günstige Bedingungen für den Bezug skandinavischer und russischer Erze sind demnach für die oberschlesische Industrie von größter Bedeutung. Der deutsch-russische Frie-

densvertrag hat nun die Zufuhr russischer Erze sichergestellt und jede Erschwerung des Bezuges hochwertiger Eisenerze aus Kriwoj Rog ausgeschlossen. Die Zufuhr polnischer Erze nach Oberschlesien kann in der Lage der dortigen Industrie keine wesentlichen oder prinzipiellen Veränderungen hervorrufen. Die Jahresförderung der polnischen Erze war vor dem Kriege jährlich etwa 250 000 t. Während des Krieges, als die polnische Hüttenindustrie stillgelegt war, wurden die polnischen Erze sehr intensiv gefördert. Im Jahre 1915 wurden 200 000 t, im Jahre 1916 — 250 000 t polnischer Erze nach Oberschlesien ausgeführt. Diese Zahlen umfassen aber auch die in Polen vorhanden gewesene Menge russischer Erze. Hinsichtlich des Eisengehaltes bedeuten diese Zahlen nur $^1/_{10}$ des in Oberschlesien vor dem Kriege gewonnenen Roheisens. Die polnischen Erze sind nämlich arm an Eisengehalt, und selbst die polnische Eisenhüttenindustrie stützte sich vor dem Kriege hauptsächlich auf die Zufuhr russischer Erze, die etwa $^4/_5$ des in Polen gewonnenen Roheisens ergaben. Der Anteil der polnischen Erze an dem polnischen Roheisen betrug nur etwa $^1/_5$. Unsere armen polnischen Erze haben hauptsächlich für uns eine gewisse Bedeutung, weil wir infolge der noch nicht regulierten Wasserwege in Polen, des Fehlens von Kanälen, Flußhäfen, Ladestationen usw. noch eine lange Zeit hindurch keine skandinavischen oder spanischen Erze über die Weichsel erhalten können. Daher werden notwendigerweise unsere Erze bei unserer zukünftigen Eisenhüttenindustrie eine bedeutende Rolle spielen müssen. Für Oberschlesien dagegen, wo die reichen skandinavischen Erze auf Kanälen fast bis zu den Toren der Hütten transportiert werden können, haben unsere armen polnischen Erze höchstens die Bedeutung von Hilfsmitteln.

Die einzige natürliche Basis der polnischen Eisenhüttenindustrie bilden die polnischen Eisenerze, denn Koks müssen wir aus Schlesien beziehen. Ohne die Dąbrowaer Erze verliert unser Eisenhüttenwesen jegliche Existenzbedingungen. Für Oberschlesien kann es wohl gewisse Bequemlichkeiten bieten, wenn unsere erzhaltigen Terrains Deutschland eingegliedert werden, aber sie bilden für Oberschlesien keines-

wegs irgendeine Lebensfrage. Die öffentliche Meinung in Polen ist der Ansicht, daß die deutschen Interessen mit der Genauigkeit bis zu einem Milligramm abgewogen werden, während man unsere wichtigsten Lebensinteressen vernachlässigt.

Von seiten Oberschlesiens werden außer den polnischen Eisenerzen noch weitere Argumente vorgeschoben, z. B. der Bedarf an Alteisen.

Während des Krieges hat das Königreich Polen nach Oberschlesien Alteisen geliefert, aber diese Erscheinung kann durchaus keinen ständigen Charakter haben, denn Polen hat vor dem Kriege etwa 50000 t Alteisen aus Rußland bezogen, bei etwa 25000 t eigenem Alteisen. Das Alteisen hat sowohl für uns wie für Oberschlesien für den Siemens-Martinprozeß große Bedeutung, jedoch kann das Königreich Polen wegen seines niedrigen Grades der technischen Installierung (der Eisenkonsum betrug im Königreich pro Person 24 kg, in Deutschland dagegen 136 kg) unter normalen Bedingungen nicht als Alteisenlieferant betrachtet werden.

Weil Sosnowice vor dem Kriege ein wichtiger Marktplatz für den Schweinehandel war (über Sosnowice wurden die russischen und polnischen Schweine nach Oberschlesien ausgeführt), wollen die oberschlesischen Organisationen Sosnowice Deutschland eingliedern.

Wenn derartige Motive vorgeschoben werden, verliert die deutsch-polnische wirtschaftliche Verständigung durchaus den Charakter einer ernsthaften kaufmännischen Kalkulation und wird zu einer Krämerangelegenheit.

H. Tennenbaum, Warschau.

(Schluß folgt.)

Der Haushaltsplan des Generalgouvernements Warschau für 1918.

Der Herr Generagouverneur von Beseler hat am 3. April d. J. den Haushaltsplan des Generalgouvernements Warschau für das Rechnungsjahr 1918, umfassend den Zeitraum vom 1. April 1918 bis 31. März 1919, genehmigt.

Der Haushaltsplan hält sich in den Einnahmen und Ausgaben mit einer Summe von 295 800 500 Mark das Gleichgewicht, die sich auf die einzelnen Verwaltungszweige wie folgt verteilt:

		Einnahme M.	Ausgabe M.
I A	Einnahmen und Ausgaben für Heereszwecke	102 500	150 000 000
I B	Allgem. Verwaltung	21 829 000	48 521 000
II	Allgemeine Finanzverwaltung	187 819 000	12 772 000
III A	Justizverwaltung	423 000	1 450 000
III B	Gefängnisverwaltung	911 000	6 883 000
IV	Kirchen- und Schulverwaltung	—	1 635 000
V A	Wegebauverwaltung	2 750 000	11 700 000
V B	Strombauverwaltung	1 302 000	5 452 500
V C	Hochbauverwaltung	2 000	918 000
VI	Berg- und Salinenverwaltung	40 965 000	4 851 000
VII	Eisenbahnverwaltung	9 526 000	3 899 000
VIII	Forstverwaltung	26 959 000	9 366 000
IX	Landwirtschaftl. Verwaltung	1 111 000	5 560 000
X B	Presseverwaltung	1 000	878 000
X B	Verlagsabteilung	2 100 000	1 915 000
XI	Polnische Behörden	—	30 000 000
		295 800 500	285 800 500

Im Verhältnis zu dem Haushaltplan des Rechnungsjahres 1917, der in den Einnahmen und Ausgaben mit einer Summe von 215 Millionen Mark abschloß, wozu in einem Nachtragshaushaltplan Einnahmen und Ausgaben im Betrage von rund 8 Millionen Mark hinzutraten (zusammen also 223 Millionen Mark) ist eine Erhöhung der Einnahmen und Ausgaben um rund 73 Millionen Mark eingetreten.

Von den einzelnen Voranschlägen sind besonders folgende hervorzuheben:

Die Ausgaben für

Heereszwecke

sind mit 150 Millionen Mark veranschlagt, denen eine Einnahme von 102 500 Mark gegenübersteht. Von diesen Ausgaben entfallen 95 Millionen Mark auf die Verpflegung und Unterbringung des deutschen Besatzungsheeres, während für die polnische Wehrmacht 45 420 000 Mark ausgeworfen sind, wovon 1 500 000 Mark als Familienunterstützung für die An-

gehörigen der polnischen Wehrmacht auszugeben sind. Die Aufwendungen für die polnische Wehrmacht betragen somit fast ein Drittel der gesamten Ausgaben für Heereszwecke. Von den übrigen Ausgaben für Heereszwecke sind noch besonders hervorzuheben 5 Millionen Mark Quartierleistungskosten der zahlungsunfähigen Gemeinden.

Aus dem Gebiet der

Allgemeinen Verwaltung

sind folgende Einzelvorschläge zu erwähnen: Die Einnahmen aus den Verwaltungsgebühren (Grenzausweise, Jagdscheine, Reisescheine, Paßgebühren usw.) sind auf 3 Millionen Mark veranschlagt. Das Medizinalwesen (Seuchenbekämpfung, Hygienisches Institut in Lodz, Landesimpfanstalt Warschau, Landesirrenanstalt Tworki, Wutschutzinstitut Warschau) erfordert eine Gesamtausgabe von 880 000 Mark, denen eine Einnahme von 528 000 Mark gegenübersteht, das Veterinärwesen eine Ausgabe von 70 000 Mark gegenüber einer Einnahme von 32 000 Mark. Für die Beseitigung von Kriegsschäden (Wiederaufbau) sind 4 Millionen Mark ausgeworfen, wovon 2 Millionen Mark zum weiteren Wiederaufbau von Kalisch verwendet werden sollen. Der Landespostbetrieb erfordert einen Zuschuß von 9,6 Millionen Mark. Für die Armenpflege ist eine Ausgabe von 100 000 Mark bestimmt, da sie grundsätzlich den Gemeinden obliegt und die Verwaltung nur ausnahmsweise einzutreten hat. Für die Kranken- und Unfallfürsorge für nicht versicherungspflichtige Einheimische (Arbeiterfürsorge) sind insgesamt 67 400 Mark eingestellt, für die Unterstützung von Landeseinwohnern 50 000 Mark. Als Fürsorge für polnische Kriegsgefangene, die sich in Deutschland befinden, sind 30 000 Mark vorgesehen. Zur Veranstaltung von Ausbildungskursen für polnische Beamte durch die deutsche Verwaltung sind 100 000 Mark bestimmt.

Finanzverwaltung.

Die direkten Steuern sind auf insgesamt 56 200 000 Mark geschätzt, die Verkehrsabgaben, die Verbrauchsabgaben und Zölle auf insgesamt 109 105 300 Mark.

Die noch in den Händen der deutschen Verwaltung verbliebene

Justizverwaltung

erfordert einen Zuschuß von 1 027 000 Mark.

Von den Ausgaben für die

Gefängnisverwaltung

sind im besonderen hervorzuheben die Kosten für die Beleuchtung, Beheizung, Wasserlieferung und Reinigung der Gefängnisräume mit 540 000 Mark, die Kosten der Beschaffung von Kleidungs- und Lagerungsgegenständen mit 210 000 Mark, die Kosten der Verpflegung und Reinigung der Gefangenen, der Desinfektion ihrer Kleider sowie die Kosten der Seelsorge und ärztlichen Behandlung der Gefangenen mit 2 540 000 Mark.

Von dem 1 635 000 Mark betragenden Zuschuß für die

Kirchen- und Schulverwaltung

entfallen 1 338 000 Mark auf die Kirchenlasten. Die restlichen 297 000 Mark entfallen auf die Kirchen- und Schulabteilung der Zentralverwaltung. Die Kosten für das den polnischen Behörden übergebene Schulwesen erscheinen in dem Haushaltplan der polnischen Behörden.

Der Haushaltplan der

Wegebauverwaltung

der im Rechnungsjahr 1917 mit einer Einnahme von 160 000 Mark und einer Ausgabe von 18 840 000 Mark abschloß, hat sich für das Rechnungsjahr 1918 erheblich verringert, da auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs der Ausbau und die Unterhaltung des Straßennetzes fast ausschließlich den Kreisen übertragen worden ist. Von dem Zuschuß von 8 950 000 Mark, der im Rechnungsjahre 1918 für die Wegebauverwaltung erforderlich ist, entfallen 1 594 000 Mark auf den in den Händen der Verwaltung verbliebenen Wegebau, die Unterhaltung der Bug- und Narewbrücken und die Förderbahnen, 1 900 000 Mark auf ungedeckte Baukosten des Rechnungsjahres 1917, 4 500 000 Mark auf die Erstattung barer Auslagen für Wegebauten an das Deutsche Reich bzw. die Militärverwaltung, 700 000 Mark auf die Einlösung von Anerkenntnisscheinen über Holz, welches zu Wege- und Brückenbauten entnommen wurde, sowie 2 000 000 Mark auf die Unterstützung leistungsschwacher Kreise für Wegebauzwecke.

Von den Ausgaben für die

Strombauverwaltung

sind besonders hervorzuheben 600 000 Mark für die Unterhaltung der Brücken und Wasserstraßen, 3 Millionen Mark für den Ausbau der Wasserstraßen, 130 000 Mark für die Erforschung der Flußläufe und 600 000 Mark für Deich- und Uferschutz.

Die

Hochbauverwaltung

erfordert einen Zuschuß von 916 000 Mark, wovon 600 000 Mark auf die Unterhaltung der baulichen Anlagen, besonders der Dienstgebäude, 50 000 Mark auf Neubauten entfallen.

Aus dem Gebiet der

Berg- und Salinenverwaltung

sind hervorzuheben die Einnahmen der Kohlenförderungsabgaben von etwas über 16 Millionen, der Verwaltungsabgaben der zwangsverwalteten Gruben mit 1,5 Millionen sowie die Einnahmen aus verliehenem Bergwerkseigentum mit 40 000 Mark, die Grundzinsgebühren für Förderungserlaubnis, Ausfuhrgebühren für Erze, Schlacken, Roheisen mit 30 000 Mark. Der Betrieb des Solbades Ciechocinek ist mit einer Einnahme von 603 100 Mark und einer Ausgabe von 148 500 Mark veranschlagt. Das Salzmonopol (Salzamt Ciechocinek) erfordert eine Ausgabe von 3 600 000 Mark, der eine Einnahme von 20 Millionen Mark gegenübersteht, so daß die Reineinnahme 16 400 000 Mark beträgt.

Der Haushaltplan der

Eisenbahnverwaltung

der sich nur auf die Kleinbahnen und Feldbahnen erstreckt, schließt nur deshalb mit einem Ueberschuß von 5 627 000 Mark ab, weil für den beabsichtigten Verkauf der aus Mitteln der Verwaltung gebauten Kleinbahnen an die Kreise ein Betrag von 7 Millionen Mark eingestellt ist.

Der

Haushaltplan der polnischen Verwaltung

ist ausschließlich des von dem Generalgouvernement Lublin aufzubringenden Anteils wie folgt veranschlagt:

1. für den Regentschaftsrat und die Ministerien	9 500 000 M.
2. für die Justizverwaltung	8 000 000 „
3. für die Schul- und Hochschulverwaltung . .	12 500 000 „
zusammen . . .	30 000 000 M.

(D. Warsch. Ztg.)

NOTIZEN.

Politisches.

Vertrag in Sachen der Aufstellung des polnischen Heeres im Königreich Polen. Polnische Zeitungen melden: Am 15. April d. J. wurde in Warschau zwischen der polnischen Regierung und dem Generalgouverneur von Beseler folgende Vereinbarung geschlossen:

Es wird sofort der Jahrgang 1897 einberufen, der etwa 60 000 Gestellungspflichtige umfaßt; zunächst werden aber dieser Zahl nur 10 000 Rekruten entnommen, die übrigen werden, wegen des geringen Ausbildungspersonals, in Raten von je 4 Monaten einberufen werden. Die Offiziere werden durch den General von Beseler ernannt, dem Regentschaftsrat verbleibt jedoch ein Vetorecht. Das polnische Heer darf nur zum Schutz der Landesgrenzen verwendet werden. Die Aushebungskommission wird der polnischen Regierung unterstehen, jedoch werden ihr wahrscheinlich die Angelegenheiten der Rekrutenaushebung und der Ergänzungen abgenommen und einem höheren deutschen Offizier unterstellt werden.

Zur Grenzsicherungsfrage. Die Handelskammer zu Königsberg erhielt auf die bekannte Throneingabe wegen Sicherung gegen Polen vom Auswärtigen Amt folgenden Bescheid:

Berlin, den 17. April 1918.

Der Handelskammer zu Königsberg darf ich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers den Empfang der Abschrift der Throneingabe vom 4. April mit verbindlichstem Dank ergebenst bestätigen. Die Kaufmannschaft kann überzeugt sein, daß die Frage der Sicherung Ostpreußens von der Reichsregierung mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wird. Im Auftrage: Unterschrift.

Baron Burian und die Polen. Die Verhandlungen, die Baron Burian noch vor seiner Abreise nach Bukarest mit den polnischen Führern geführt hat, haben auf die letzteren einen günstigen Eindruck gemacht. Baron Burian und der Ministerpräsident Seidler haben den Polen Zusicherungen in der Chelmer Angelegenheit und in der Sache der Unteilbarkeit Galiziens gemacht. Es heißt, daß Baron Burian gewisse Maßnahmen, deren Ausführung den Polen nicht günstig wäre, zurückgenommen hat.

Empfang bei dem Herrn Generalgouverneur von Beseler. Am 22. v. M. hat Seine Exzellenz, der Herr Generalgouverneur von Beseler, im Schlosse zu Warschau einen Empfang veranstaltet, zu dem geladen waren: der polnische Ministerpräsident, die Minister, der Direktor des politischen Departements sowie die Unterstaatssekretäre. Außerdem waren geladen: der Vorsitzende der Militärkommission, der Chef der Zivilverwaltung, die Vertreter der k. und k. österreichisch-ungarischen Behörden usw. Bei der Tafel hielt der Herr Generalgouverneur eine Ansprache, in welcher er den polnischen Ministerpräsidenten und die polnischen Minister begrüßte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß ihre Arbeit im Verein mit der Mitwirkung der maßgebenden Behörden des Generalgouvernements zum weiteren Aufbau des polnischen Staatswesens führen wird. Der Herr Generalgouverneur betonte ferner, daß das gegenseitige Vertrauen diese Arbeit im hohen Grade erleichtern kann. Der Herr Ministerpräsident Steczkowski dankte im Namen des Ministeriums für den Empfang und die Worte des Herrn Generalgouverneurs und drückte seinerseits die Hoffnung aus, daß die auf das Wohlwollen und die Hilfe der einzelnen Behörden des Generalgouvernements gestützte Tätigkeit des Ministeriums der polnischen Staatlichkeit Nutzen bringen wird. An das Banquett schloß sich eine zwanglose Aussprache der polnischen Gäste mit den Offizieren und Beamten des Generalgouvernements, wobei manche aktuelle Fragen durch persönlichen Gedankenaustausch geklärt werden konnten.

Die polnische Gesellschaft in Russland an die polnische Regierung. Am 10. April d. J. fand in Petersburg eine große polnische Versammlung statt, die sich zu einer imposanten Manifestation für die polnische Regierung auswuchs. Es nahmen teil: der Metropolit Erzbischof Baron Ropp, der Bevollmächtigte des Regentschaftsrates Herr Alexander Lednicki, die Vertreter und Führer fast sämtlicher polnischen Parteien und viele geladene Gäste. General Babiański eröffnete die Sitzung, sodann referierte über die gegenwärtige Lage in längeren Ausführungen Herr Dr. Leon Wasserberger, auf dessen Antrag eine Resolution beschlossen und angenommen wurde, in der sämtliche Landsleute zur Vereinigung um die polnische Regierung aufgefordert wurden. Herr Lednicki legte sodann alle Pflichten dar, die jetzt der polnischen Emigration in Rußland zufallen. Es sind dies: Fürsorge für die polnischen Flüchtlinge, Vorbereitung ihrer Rückkehr in die Heimat und die Liquidierung der Beziehungen zwischen Polen und Rußland. Namens der Geistlichkeit erklärte Erzbischof Baron Ropp, daß dieselbe an dem Aufbau des polnischen Staates Anteil nehmen werde. Auch die Vertreter der einzelnen Parteirichtungen ergriffen nacheinander das Wort, und in gehobener Stimmung der Versammelten konnte General Babiański den Kongreß schließen.

Die Tätigkeit Lednickis in Petersburg. Herr Alexander Lednicki, der Obmann des Polnischen Demokratischen Komitees in Moskau und der Präsident der Polnischen Liquidationskommission in Petersburg weilt zurzeit in Warschau, wo er von dem Regentschaftsrat und der polnischen Regierung empfangen worden ist. Ueber seine Tätigkeit in Peterburg berichtet in der Warschauer Zeitung „Przegląd Poranny" der Mitarbeiter Lednickis, Herr Lukasiewicz folgendes: Nach Auflösung der Liquidationskommission durch die bolschewistische Regierung am 10. Dezember v. J. hat die Liquidationskommission ihre Arbeiten ruhig fortgesetzt, wenn auch nichtoffiziell. Diese Arbeiten betrafen in erster Linie die Abrechnung zwischen Rußland und Polen. Als das Volkskommissariat für polnische Angelegenheiten begründet wurde, dessen Leitung die Bolschewiki Herrn Leszczyński übertragen haben, hat sich die Liquidationskommission gleichfalls nicht aufgelöst, sondern sie existiert weiter bis zum heutigen Tage als ein Dezernat dieses Volkskommissariats. Herr Alexander Lednicki ist Bevollmächtigter des Regentschaftsrates. Die Arbeiten der Kommission sind automatisch auf den Bevollmächtigten des Regentschaftsrates und seine Mitarbeiter übergegangen. Auf die Frage, ob Lednicki auch für die Erledigung politischer Fragen bevollmächtigt ist, antwortete Herr Lukasiewicz: Die gegenwärtige politische Lage gestattet es nicht, so konkrete Fragen zu stellen. Gewiß können gewisse politische Probleme nicht außer acht gelassen werden, aber im Prinzip erledigen wir lediglich die Abrechnungsangelegenheiten, und mit diesen hängt auch unsere Anwesenheit in Warschau zusammen. Die Rückkehr der Flüchtlinge und Eisenbahnbeamten, die Regelung der gegenseitigen Verpflichtungen und die Kriegsentschädigungen bilden hauptsächlich Gegenstand der Warschauer Unterredungen des Herrn Lednicki.

Die päpstliche Mission in Polen. Die Kölnische Ztg. schreibt: Wie bereits kurz gemeldet, ist Monsignore Ratti mit der Erledigung einer päpstlichen Mission in Warschau betraut worden. Entgegen der in italienischen Blättern vertretenen Auffassung handelt es sich jedoch, wie wir aus zuverlässiger vatikanischer Quelle erfahren, nicht um eine offizielle Ernennung Monsignore Rattis zum Vertreter des Vatikans in Polen. Dieser ist noch nicht bestimmt. Zunächst käme hier Prälat Skirmunt in Betracht, der selbst polnischer Herkunft ist und im Vatikan großes Vertrauen genießt.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstrasse 19.